



Von links: Peter Iffland, Andreas Zemla, Gudrun Dietrich-Zipplies, Silvia Claus-Tampier, Heinz Willi Ruiters, Katja Ruiters, Andreas Bieber, Markus Weißenberg, Theresa Weißenberg

## NEUER VORSTAND DER SPD IN MUCH

### Zuversicht für anstehende kommunalpolitische Aufgaben

>>> Die Mitglieder der Mucher SPD haben in der Mitgliederversammlung am 23. Oktober 2018 für die nächsten zwei Jahre einen neuen Vorstand gewählt. Alter und neuer Vorsitzender ist Heinz-Willi Ruiters. Seine Stellvertreterin bleibt Silvia Claus-Tampier. Andreas Zemla als Kassierer und Andreas Bieber als Schriftführer wurden in ihrem Amt bestätigt. Den Vorstand komplettieren fünf Beisitzer/Innen: Gudrun Dietrich-Zipplies, Peter Iffland, Katja Ruiters, Markus Weißenberg und Theresa Weißenberg. Zu Revisoren wurden Wolfgang Engels und Thomas Glass gewählt.

Auch wenn der SPD auf Bundesebene derzeit starker Gegenwind entgegenträgt, sind wir davon überzeugt, dass wir in Much mit unserem neuen erweiterten Vorstand die vor Ort anliegenden Aufgaben gestärkt angehen und bewältigen werden. Dies betrifft insbesondere die Kommunalpolitik und die Vorbereitung auf die im Herbst 2020 anstehende Wahl des Gemeinderates, bei der wir uns mit einer transparenten, modernen und sozialen Politik und mit überzeugenden Kandidatinnen und Kandidaten als die Alternative für alle Mucherinnen und Mucher präsentieren werden. Dies gemeinsam mit der

Fraktion der SPD im Gemeinderat und dem Fraktionsvorsitzenden Michael Klement, aber auch mit Unterstützung unseres Bundestagsabgeordneten und NRW-Landesvorsitzenden Sebastian Hartmann. Vorher allerdings werden wir bei der Europawahl 2019 gefragt sein, den Populisten und Nein-Sagern mit der Vision für ein gerechtes und soziales Europa, aber auch den konkreten Vorteilen für die darin lebenden Menschen entgegenzutreten.



## „WER DIE MENSCHLICHE GESELLSCHAFT WILL, MUSS DIE MÄNNLICHE ÜBERWINDEN!“

### Auch in Much?

>>> Der WDR hat kürzlich bei einer landesweiten Umfrage den zu niedrigen Frauenanteil in den Kommunalparlamenten bemängelt. Wie sieht es in Much aus? Kurz gesagt, nicht besser. Der Mucher Gemeinderat besteht aus 28 Menschen. In CDU und SPD sind immerhin 4 (von 12 Ratsmitgliedern) bzw. 3 (von 9) Frauen, der Rest ist Fehl-anzeige; insgesamt also ein Anteil von 25 Prozent. Leider ist das Bild bei den Fraktionsvorsitzenden nur männlich; keine einzige Frau bekleidet dieses Amt.

Frauenanteil in den Parteigremien und den kommunalen Vertretungen zu steigern. Auch wenn wir hier in Much schon einiges erreicht haben - dem neu gewählten Parteivorstand mit 9 Mitgliedern gehören 4 Frauen an, 3 von 9 Ratsmitgliedern sind Frauen - können wir dies sicherlich noch steigern. Dabei setzen wir nicht auf in erster Linie auf die Quote, sondern auf die gezielte Ansprache und Unterstützung von Frauen.

Hier setzt die Arbeit der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (ASF) ein. Sie vertritt die Interessen von

Frauen auf allen politischen Ebenen und in der Gesellschaft. Ziel ist eine inklusive Gesellschaft und die tatsächliche Gleichstellung von Frauen in Wirtschaft, Arbeitsleben, Wissenschaft, Politik und Gesellschaft. Die ASF im Rhein-Sieg-Kreis mit der Vorsitzenden Katja Ruiters aus Much ist Ansprechpartnerin für alle Frauen im Kreis und versteht sich als ein Netzwerk von Frauen für Frauen - innerhalb und außerhalb der SPD. Wir freuen uns auf interessierte Frauen, die bei uns mitmachen wollen.

Die SPD hat sich zum Ziel gesetzt, den

## DIE SPD MUCH INFORMIERT MIT „KLARTEXT“

>>> Liebe Mucherinnen und Mucher!

Mit der Zeitungsbeilage „Klartext“ wollen wir Sie künftig regelmäßig über kommunalpolitische Themen informieren, die uns im Rhein-Sieg-Kreis und insbesondere in Much bewegen. Wir werden dabei klar und offen die Probleme in Much und die aus unserer Sicht erforderlichen Handlungsansätze darstellen. Wir werden Hintergründe ansprechen, die in der Presseberichterstattung nicht oder nur verkürzt erscheinen. Ein gutes Beispiel ist die Planung für die neue Kita,

die zunächst von Seiten der Verwaltung und der CDU auf einem viel zu kleinen Grundstück mit einer schwierigen Verkehrs- und Parkplatzsituation und ohne Erweiterungsmöglichkeit in einem Hausrückverfahren durchgezogen werden sollte. Diesen Plan haben wir durchkreuzt und darauf gedrängt, einen besseren Standort zu finden, was dann auch gelungen ist; siehe dazu den Bericht unten.

Wir stehen dafür, dass Entscheidungen auf einer seriösen Basis in einem trans-

parenten und für die Bürgerinnen und Bürger nachvollziehbaren Verfahren getroffen werden, bei dem Belastungen für die Öffentlichkeit klar aufgezeigt werden. So werden wir es auch hinsichtlich der Errichtung einer Erddeponie in Birken halten. Natürlich kümmern wir uns auch um andere Themen wie die Erhebung von Anliegergebühren und die zunehmenden Schwierigkeiten auch in Much, bezahlbaren Wohnraum zu finden. Gerne nehmen wir Ihre Anregungen auf.

## EINE NEUE KITA FÜR MUCH

### SPD sorgt für besseren Standort

>>> Auch in Much fehlen Kindergartenplätze. Junge Familien ziehen nach Much, viele berufstätige Eltern brauchen für ihr Kind eine Betreuungsmöglichkeit. Das Kreisjugendamt hatte daher den Bau einer Kita in Much-Ort empfohlen. Diese Kita soll nunmehr kurzfristig mit vier Gruppen auf einem Gelände an der Dr.-Wirtz-Straße, das noch erweiterungsfähig ist, mit bis zu 75 Plätzen gebaut werden. Träger wird die Lebenshilfe sein. Dies hat der Gemeinderat einstimmig beschlossen.

Vorangegangen war allerdings ein Tauziehen mit Gemeindeverwaltung und CDU; siehe dazu obigen Artikel. Unsere Hartnäckigkeit hat sich gelohnt, vor allem im Interesse der Mucher Eltern, die Wert darauf legen, dass ihre Kinder nicht „irgendwie“ untergebracht werden, sondern unter guten räumlichen und sonstigen Bedingungen betreut werden. Darauf werden wir als SPD auch in Zukunft achten.

## INHALT DIESER AUSGABE

SPD Rhein-Sieg wählt und **schärft Profil** Seite 2

Schwarz-Grün im Kreis steht beim **Wohnungsbau** auf der **Bremse** Seite 3

SPD Much wählt einen **neuen Vorstand** Seite 4

Mehr **Frauen** für die Politik begeistern Seite 4



## „HEIMAT“ NICHT DEN RECHTEN ÜBERLASSEN

Der Begriff Heimat erlebt eine erstaunliche Renaissance. Häufig wird der Begriff von der politischen Rechten jedoch instrumentalisiert und ausgrenzend gebraucht. Ob es auch einen sozialdemokratischen Heimatbegriff gibt, fragten die Jusos Rhein-Sieg und die Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK) bei einem gemeinsamen Themenabend. Schnell einig war man sich darin, den Begriff Heimat nicht einfach den Rechten zu überlassen, sondern ihn positiv und progressiv zu besetzen. „Bedroht wird Heimat nicht durch Vielfalt, sondern durch das Schließen von Jugendzentren, Bürgerhäusern und Dorfkneipen, oder auch durch steigende Mieten, die Menschen aus ihrem Umfeld verdrängen“, so der Juso-Vorsitzende Mario Dahm. Wilfried Hanft (SGK) sah die Aufgabe der Kommunen darin, entsprechende Angebote zu schaffen, die Begegnung und Austausch ermöglichen. Für Sara Zorlu, SPD-Fraktionsvorsitzende in Eitorf, ist die Kommunalpolitik der Ort, an dem Heimat durch politisches Handeln hergestellt werden muss.

## NRWSPD LEGT KONZEPT FÜR BEZAHLBARE MIETEN VOR

Um explodierenden Mieten und der Wohnungsnot etwas entgegenzusetzen, stellte der neue Landesvorsitzende der SPD, Sebastian Hartmann, ein Konzept vor. Mittels einer neuen Wohnungsbaugesellschaft des Landes sollen neue, bezahlbare Wohnungen entstehen. Sie arbeitet dabei ohne zusätzliche Haushaltsmittel und großen Verwaltungsapparat, indem die Kommunen Grundstücke als Eigenkapital einbringen, auf denen gebaut wird. Da die Landesgesellschaft keine Gewinne erzielen muss, kann sie überall im Land Wohnraum mit günstigen Mietpreisen bereitstellen. Außerdem will die SPD Mietsteigerungen gesetzlich stark begrenzen.

## „ROT PUR“ - SPD RHEIN-SIEG FÜR HÖHERE RENTEN UND MINDESTLOHN

>>> Die inhaltliche Debatte und die Wahl eines neuen Kreisvorstands standen im Mittelpunkt des Kreisparteitages der SPD im Rhein-Sieg-Kreis. Schon zuvor hatte die SPD in drei thematischen Veranstaltungen Ideen für die Themen Rente, Arbeit, Europa und Verteilungsgerechtigkeit gesammelt und diese in Anträgen auf dem Parteitag zur Diskussion gestellt. Mit diesen Positionierungen will die Rhein-Sieg-SPD auch auf Landes- und Bundesebene wirken und aktiv an einer Profilschärfung der SPD als linker Volkspartei mitwirken.

So fordern die Sozialdemokraten u.a. steigende Renten und eine neue „Garantierente“ von mindestens 1000 Euro, damit ein gutes Leben im Alter überall im Land möglich ist. Gute Arbeit muss auch gut bezahlt werden. Deshalb setzt sich die SPD Rhein-Sieg für die Anhebung des Mindestlohns auf 12 Euro ein. Auch das ist ein Mittel, um Altersarmut zu bekämpfen. Die sachgrundlose Befristung will die Kreispartei verbieten, um mehr Sicherheit für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu schaffen. Um Investitionen in Bildung, Infrastruktur und sozialen Zusammenhalt sowie einen starken solidarischen Sozialstaat zu finanzieren, sprachen sich die

Delegierten für die Wiedereinführung einer Vermögenssteuer und einen höheren Spitzensteuersatz für Top-Verdiener aus. So könnten gleichzeitig auch Menschen mit kleineren und mittleren Einkommen entlastet werden.

Auf Antrag der Jusos schloss sich die SPD der Forderung nach einem „Ticket für alle“ für 365 Euro im Jahr und einen Euro am Tag im gesamten Verkehrsverbund an. Ein solches Ticket könnte perspektivisch Mobilität für alle Menschen sicherstellen sowie Luftverschmutzung und Dauerstau effektiv bekämpfen.

Mit 96% Zustimmung wählte der Parteitag den Bundestagsabgeordneten Sebastian Hartmann aus Bornheim erneut zum Kreisvorsitzenden. Seine Stellvertreter sind Achim Tüttenberg (Troisdorf) und Sara Zorlu (Eitorf). KassiererIn ist weiterhin Nicole Sander, Bürgermeisterin von Neunkirchen-Seelscheid. Die Schriftführung übernimmt Gisela Becker aus Lohmar. Den neuen Kreisvorstand komplettieren Mario Dahm (Hennef), Tobias Leuning (Swisttal), Cornelia Mazur-Flör (Königswinter), Katja Ruiters (Much), Frank Sauerzweig (Siegburg) und Denis Waldästl (Sankt Augustin).



Der neue Kreisvorstand der SPD Rhein-Sieg

## SCHWARZ-GRÜN STEHT BEIM WOHNUNGSBAU AUF DER BREMSE

>>> Bezahlbaren Wohnraum für alle Menschen zu schaffen, ist die zentrale soziale Aufgabe des Jahrzehnts. Im Rhein-Sieg-Kreis fehlen bis zu 30.000 Wohnungen. Das liegt nicht nur am Zuzug, sondern z.B. auch daran, dass durchschnittlich immer weniger Personen in einem Haushalt zusammenleben. Wird der Wohnraum knapp, steigen die Preise. Das lässt sich auch im Rhein-Sieg-Kreis beobachten. Gerade in den Ballungsgebieten gibt es kaum noch bezahlbare Wohnungen. Die Folge ist ein Verdrängungsmechanismus.

Menschen mit kleinen Einkommen werden aus ihrem Umfeld verdrängt. Die SPD-Kreistagsfraktion arbeitet seit Jahren an diesem wichtigen Thema, scheitert mit Vorschlägen aber immer

**„Investieren statt spekulieren.“**

wieder an der schwarz-grünen Kreistagsmehrheit, die allenfalls halbherzig agiert. Zuletzt lehnten CDU und Grüne den Vorschlag der SPD ab, die Aktien-

anteile des Kreises am RWE-Konzern zu veräußern und die erzielte Summe in den Bau von Wohnungen mit bezahlbaren Mieten im öffentlichen Eigentum zu investieren. „Wir sind erstaunt, dass die Grünen im Hambacher Forst gegen das RWE demonstrieren, im Rhein-Sieg-Kreis aber gemeinsam mit der CDU eisern daran festhalten, Aktionär des Kohlekonzerns zu bleiben, statt kreiseigene Wohnungen zu bauen“, bedauert der Fraktionsvorsitzende der SPD, Dietmar Tendler, die Haltung der Kreistagsmehrheit.



## SOZIALER ARBEITSMARKT ALS CHANCE FÜR DIE REGION

SPD-Kreistagsfraktion hatte zur Diskussion geladen

>>> „Langzeitarbeitslose brauchen eine realistische Chance auf eine Arbeit, die sie leisten können“ - mit diesen Worten begrüßte Dietmar Tendler, Vorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion, interessierte Gäste zu einer Podiumsdiskussion zum sozialen Arbeitsmarkt. Auf Betreiben der SPD werden 150.000 neue, staatlich unterstützte Jobs geschaffen, um Langzeitarbeitslosen eine Perspektive zu bieten, die sonst kaum Fuß fassen könnten. Professor Dr. Stefan Sell von der Hochschule Koblenz stellte die Funktionsweise dieses Arbeitsmarktes vor. Zunächst werde ein Lohnkostenzuschuss gezahlt, der nach und nach reduziert wird. Der Geschäftsführer des DGB in Bonn/Rhein-Sieg, Jörg Mährle, sah in dem vorliegenden Gesetzentwurf von Bundesarbeitsminister Heil

(SPD) ebenfalls eine Chance und beschrieb das aktuelle System als würdelos. Kreishandwerksmeister Thomas Radermacher betonte, dass man nicht die Fehler der Vergangenheit wiederholen dürfe und verhindern müsse, dass ganze Generationen langzeitarbeitslos blieben.

Hinsichtlich der Aufgabenfelder auf dem sozialen Arbeitsmarkt betonte Ralf Holtkötter vom JobCenter Rhein-Sieg, dass es keinen Mangel an geeigneten Tätigkeiten etwa in sozialen Einrichtungen oder Kommunen gebe. Unterstützung von Menschen mit körperlichen Einschränkungen, die Pflege von öffentlichen Flächen oder einfache Verwaltungstätigkeiten zur Unterstützung von Fachkräften kämen in Frage.

## DENIS WALDÄSTL ZUM VIZE-LANDRAT GEWÄHLT

Der Kreistag wählte den 31-jährigen Sozialdemokraten Denis Waldästl aus Sankt Augustin zum stellvertretenden Landrat des Rhein-Sieg-Kreises. Waldästl folgt damit auf Sebastian Hartmann, der das Amt nach seiner Wahl zum Landesvorsitzenden der SPD in NRW niedergelegt hatte. Er gehört dem Kreistag seit 2014 an und sitzt ebenfalls im Stadtrat von Sankt Augustin.

## SPD-FRAKTION KRITISIERT PROJEKT „LEAD CITY“

Als Mogelpackung bewerten die SPD-Verkehrspolitiker die Maßnahmen im Rahmen des ÖPNV-Modellprojekts in Bonn und dem Kreisgebiet. Allen Angebotsverbesserungen droht mangels langfristiger Finanzierung schon nach 1,5 Jahren wieder das Aus. Vom einstigen „kostenlosen Nahverkehr“ ist nur noch eine Umstiegsprämie für Bonner Neukunden mit dem großspürigen Namen „Klimaticket“ übrig geblieben.